

Übrigens

Paul hat nun einen Bart

Bei Paul kommt das gar nicht gut an. Im Altersheim sei nun das Mobbing gegen die Bärte ausgebrochen, sagt er mir. Und wirklich: Als ich ihn besuche, sind da viele Bartträger und Schnauzer zu sehen, die mit den Gesichtern der blank Rasiererten kontrastieren. Und die Fronten zwischen den einen und den anderen scheinen schon ganz verhärtet zu sein: da jene mit den Bärten, dort die anderen ohne Gesichtsbehaarung. Und mittendrin die jung gebliebenen Frauen, sie sich natürlich auch bereits für eines der Lager entschieden haben.

Da gerate ich mit meinen Stoppeln im Gesicht so richtig zwischen die Fronten. Paul schaut mich an und lacht. «Du jetzt also auch», sagt er und spricht meine neue Gesichtsfrisur an. «Kommt dir gut, der Bart», sagt er, «du siehst viel besser aus.» Murren geht durch die Reihen am Nachbartisch, und eine der Frauen kann sich einen Kommentar nicht verkneifen: «Scheusslich, diese Bärte – ich finde das einfach nur abtossend.»

Paul weiss es besser. «Ach», sagt er, «die hat noch nicht begriffen, dass wir mit den Bärten nun wieder voll im Trend sind.» Hipster nennt Paul das und rät mir, als Friseur einen Undercut zu schneiden: «Deine Haare sind ja oben lang, und mit dem Bart würde sich der Undercut super modern machen.»

Ich frage Paul, ob er nicht auch der Meinung sei, dass Männer nun langsam, aber sicher eitler werden als Frauen. Er verneint. Dann wägt er ab und sagt: «Ja, vielleicht, aber das geht dann unter das Thema Gleichberechtigung.» Gleichberechtigung? Ist es heute für Männer schon ein kleiner Sieg im Kampf der Geschlechter, wenn sie Bart tragen? Wohl eher nicht. «Am 31. Oktober werde ich mich rasieren», sage ich Paul. Denn mit dem Ende der Jagdsaison werden die Haare im Gesicht für mich Geschichte. Hipster hin oder her.



Andreas Seeholzer
Redaktor

Sperrung der Seewernstrasse

Seewen/Ingenbohl An der bezirkseigenen Seewernstrasse führt der Bezirk Schwyz in Zusammenarbeit mit der Quellwasserversorgung Brunnen AG eine Sanierung diverser Werkleitungen durch. Aufgrund der Bauarbeiten ist die Strasse von Mittwoch, 2. November, 7.30 Uhr bis Freitag, 25. November, 17 Uhr gesperrt. In einer ersten Etappe wird die Strasse zwischen Planzer/Senn und der Einfahrt des Recyclingcenters (oranger Senn) komplett gesperrt. In einer zweiten Etappe wird die Strasse zwischen Einfahrt Recyclingcenter und dem ehemaligen Steinbruch Nägeli komplett gesperrt.

Die Zufahrt zum Recyclingcenter sowie zu den Firmen Planzer/Senn ist jeweils von je einer Seite her stets möglich. (pd)

Die SVP-Basis stellt sich gegen die eigenen Kantonsräte

Die SVP beschliesst mit 37 zu 31 Stimmen bei vier Enthaltungen die Nein-Parole zum Magistratsgesetz. Anders als ihre Kantonsratsfraktion spricht sie sich gegen ein neues Entschädigungsmodell für Regierungsräte aus.

Jürg Auf der Maur

«Für mich ist das Referendum gegen das Magistratsgesetz ein Rückenschuss für den Kantonsrat und die SVP-Fraktion», machte Kantonsrat Alexander Lacher (Freienbach) am Donnerstagabend in Lachen deutlich. Grund: Das Magistratsgesetz wurde vom Kantonsrat mit 79 Stimmen gutgeheissen. Lediglich sechs Ratsmitglieder – alle aus der SVP – lehnten es ab.

Dazu kommt: Das ganze Gesetz wurde in der Staatswirtschaftskommission unter der Ägide des früheren Präsidenten Walter Duss und des heutigen SVP-Kantonsrats und Stawiko-Präsidenten Fredi Kälin – beides SVP-Mitglieder – ausgearbeitet und in eine moderatere Form gebracht. Über das Gesetz, das für Regierungsratsmitglieder eine Lohnerhöhung bringt, gleichzeitig aber das lebenslange Ruhegehalt samt Teilamt streicht, wird am 27. November an der Urne entschieden.

Junge SVP warnt vor «gefährlichem Signal»

Dass die beiden SVP-Bundesparlamentarier Marcel Dettling und Pirmin Schwander zusammen mit dem Bund für Steuerzahler das Referendum ergriffen, sorgte bereits im Vorfeld für massiven Wirbel in der Partei. Erst recht gingen die Emotionen nun bei der Parolenfassung hoch.

«Das hat nichts mehr mit SVP-Politik zu tun», schrie Pirmin Schwander geradezu in den Saal. SVP-Fraktionschef Thomas Haas, der sich für eine Ja-Parole einsetzte, versuchte, die Debatte zu versachlichen, indem er sich froh zeigte, dass das Volk an der Urne den letzten Entscheid habe. «Unter dem



Der Schwyzer SVP-Präsident Roman Bürgi führte am Donnerstag in Lachen durch die Parteiversammlung. Die Basis sorgte für teilweise hitzige Debatten. Bild: PD

Strich wird die jetzt vorgelegte moderne Regelung aber nicht teurer», warb er für seine Position.

Mit der neuen Regelung würden nicht zuletzt rechtliche Unsicherheiten beseitigt, erklärte Fredi Kälin, gleichzeitig Mitglied des überparteilichen Komitees «Ja zum Gesetz über Magistratspersonen», das gestern an die Öffentlichkeit trat. Nationalrat Marcel Dettling andererseits regte sich vor allem über die höheren Gehälter und den seiner Meinung nach damit verbunde-

nen goldenen Fallschirm für Regierungsmitglieder auf. Das Gesetz müsse abgelehnt werden.

Widerstand gab es nicht zuletzt vom Präsidenten der Jungen SVP Schwyz. «Ein Ja zu dieser Vorlage wäre ein gefährliches Signal in der ganzen Schweiz. Es würde heissen, dass sogar die Schwyzer SVP sich nun vom Milizsystem verabschieden will», erklärte der Arther JSVP-Präsident Mattia Mettler. Für eine Nein-Parole setzte sich auch SVP-Kantonsrat David Beeler (Steinen) ein. «Unsere Par-

Majorzinitiative wird zurückgezogen

Über die Majorzinitiative wird zwar noch nicht abgestimmt, trotzdem diskutierte die Schwyzer SVP am Donnerstag über die Majorzinitiative und den Gegenvorschlag von Regierung und Kommission. Insgesamt wird aus der Sicht von Kantonsrat Roland Lutz (Einsiedeln) das System bei Majorzwahlen nicht einfacher. Das bestehende Listensystem würde abgeschafft und aus Sicht der SVP das System verkompliziert.

Einig war man in Lachen auch in der SVP, dass Parteipäckli abgeschafft werden können. Das soll aber nicht zulasten des bewährten Listensystems gehen. In der Folge beschloss die SVP-Versammlung mit grossem Mehr die Nein-Parole sowohl zur Initiative wie auch zum Gegenvorschlag.

Mitinitiant Fredi Kälin (SVP, Einsiedeln) hatte zuvor angekündigt, dass die Initiative in den nächsten Tagen zurückgezogen werde. Es stehe also nur noch der Gegenvorschlag zur Debatte. (adm)

tei scheint langsam Angst vor dem Volk zu haben. Wir dürfen aber ohne weiteres Nein zu diesem Gesetz sagen.»

Die Abstimmung zur Parolenfassung musste zweimal durchgeführt werden, weil beim ersten Mal einige mehrfach abstimmten. Der Antrag von SVP-Kantonsrat Alexander Lacher, Stimmfreigabe zu beschliessen, blieb chancenlos. Im zweiten Anlauf beschlossen dann 37 Mitglieder die Nein-Parole, 31 stimmten für Ja und vier enthielten sich.

Regierungsrat nimmt Stellung zur psychischen Behandlung

Der Regierungsrat hat zwei Vorstösse zur psychiatrischen Behandlung von Kindern und Jugendlichen behandelt. Er anerkennt, dass Handlungsbedarf besteht, kurzfristige Anpassungen sind jedoch nicht zu erwarten.

Damian Bürgi

Es ist weitgehend bekannt: Die Corona-Pandemie hat zu einer starken Zunahme von psychischen Problemen bei Kindern und Jugendlichen geführt. Infolgedessen hat SP-Kantonsrat Antoine Chaix (Einsiedeln) zusammen mit vier Mitunterzeichnenden im April eine Motion zur Behandlung dieser Problematik eingereicht. In dieser wird der Regierungsrat gebeten, eine Vorlage auszuarbeiten, welche die Einrichtung einer kinder- und jugendpsychiatrischen Tagesklinik im Kanton Schwyz in der Grössenordnung von 21 Plätzen für Kinder und 7 Plätzen für Jugendliche vorsieht.

Dass Handlungsbedarf diesbezüglich besteht, anerkennt der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Motion. Jedoch unterstehe die ambulante, teilstationäre und stationäre Psychiatrieplanung dem Psychiatriekonkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug. Ein Teil dieser überkantonalen Planung behalte auch kinder- und jugendpsychiatrische Leistungsaufträge, deren Um-

setzung einer entsprechenden Projektgruppe unterstehe.

Schwyz und Uri gefordert

Da für Kinder und Jugendliche aus dem Kanton Zug bereits ein Tagesambulatorium in Baar mit sechs Behandlungsplätzen vorhanden ist, obliegt es derzeit den Kantonen Uri und Schwyz, zeitnah tagesklinische und teilstationäre Angebote auf die Beine zu stellen. Ein Ausbau der Standorte der Triaplus AG in Schwyz, Lachen und Altdorf, welche die ambulante Psychiatrie und Psychotherapie für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre sicherstellt, kommt für den Konkordatsrat jedoch nicht infrage. Hauptgrund dafür ist der Umstand, dass bei einer Tagesklinik auch ein schulisches Angebot vorhanden sein muss.

Der Regierungsrat erachtet es jedoch als sinnvoll, die Triaplus AG als bisherige Anbieterin in die Planung miteinzubeziehen, weshalb diese im September ein Grobkonzept zur Realisierung einer Tagesklinik zuhanden der

Kein Handlungsbedarf nach Modellumstellung

Kantonsrat Chaix hat zudem in einer Interpellation dem Regierungsrat eine weitere Frage zu einem ähnlichen Thema gestellt. Es geht dabei um einen Wechsel vom Delegations- zum Anordnungsmodell und um eine Anpassung der Zulassungskriterien der psychologischen Psychotherapeuten, welche der Bundesrat im März 2021 per 1. Juli 2022 beschlossen hat. Dies, um den Zugang zu psychotherapeutischen Leistungen für Kinder und Jugendliche zu erleichtern. Der Beschluss zog Änderungen bei der Leistungsabrechnung nach sich,

entsprechenden Projektgruppe im Konkordatsrat eingereicht hat. Das Konzept untersteht gegenwärtig der Prüfung der Projektgruppe, welche nun das Bildungsdepartement in die Angelegenheit involviert, da Kosten für den Schul-

was Unsicherheiten bezüglich der Berechtigung zur Abrechnung je nach Ausbildungsstand der Psychologinnen und Psychologen führte.

In seiner Antwort auf die Interpellation hat der Regierungsrat nun festgehalten, dass kein Handlungsbedarf besteht, da das Angebot der Triaplus AG als spitalambulant gilt und von der beschlossenen Neuregelung nicht betroffen ist. Die Vorsteherin des Departements des Innern wurde vom Regierungsrat entsprechend beauftragt, die Antwort im Kantonsrat zu vertreten. (dabu)

betrieb durch dieses zu tragen sind. Eine zeitnahe Umsetzung ist allerdings nicht zu erwarten, die Projektgruppe schätzt die Realisierung eines tagesklinischen Angebots frühestens für den Herbst 2024 als wahrscheinlich ein.